

# Kehrseite

— Editorial ✓ —

## *Liebe Leserinnen und Leser,*



• das, was Sie in den Händen halten, ist der „neue“ Südwestblick mit seiner ersten Ausgabe im neuen Jahr. Wir haben das Erscheinungsbild geändert und ihm einen anderen Namen – *Kehrseite* – gegeben. Warum das alles?

Sie beziehen vermutlich eine Tageszeitung oder lassen sich über andere Medien vom Weltgeschehen unterrichten. Mit diesem umfangreichen Informationsangebot können und wollen wir nicht konkurrieren.

Was wir aber können, das ist, die Dinge von einer *anderen Seite* beleuchten. Und das ist unseres Erachtens auch dringend nötig. Denn wie steht es mit dem Informationsgehalt, der Objektivität und der Redlichkeit dessen, was Sie täglich hören und lesen? Nehmen die Medien ihren politischen Auftrag als unabhängige Berichterstatter noch wahr?

Die Geschäftemacherei hat die seriöse Berichterstattung im Journalismus mehr und mehr an den Rand gedrängt. Ohne das Anzeigengeschäft, ohne die Rücksichtnahme auf Firmen(kapital)interessen, kann keine Zeitung mehr überleben. Was sich nicht rechnet, wird abgeschafft – wie jüngst die Frankfurter Rundschau und die Financial Times Deutschland. Nur noch eine Handvoll Verlage dominieren inzwischen den Markt. Und auf diesem wird mit spärlichen Ausnahmen in

den Kommentarspalten fast nur noch eine Meinungsmonokultur angebaut. Die vielbeschworene Vielfalt der Medien ist weitgehend eingeebnet. Themen und Tendenzen werden von zwei, drei Nachrichtenagenturen vorgegeben, und manchmal stammen selbst die Artikel aus der Feder der Agenturen. Süddeutsche Zeitung, die Frankfurter Allgemeine Zeitung, der Tagespiegel sind sich in Machart und politischem Tenor inzwischen zum Verwechseln ähnlich. Überall Vermischung von kaum versteckter Werbung und redaktionellem Inhalt. Immer seltener wirkliche Aufklärung oder hartnäckige Verfolgung von politischen Ungereimtheiten.

Kurzum: Die *Kehrseite* hat sich das – zugegeben – ehrgeizige Ziel gesetzt, Hintergründe auszuleuchten und Informationen zu liefern, die man sich sonst mühsam zusammenklauben müsste. Wir wollen gewissermaßen zusammenkehren, was sonst unbeachtet liegen bliebe. Und wir wollen die Kehrseite zeigen, von dem, was die herrschende Politik im Namen der Demokratie zu Hause und in der Welt – vom Hindukusch bis zur Sahelzone – anrichtet.

Irgendwer hat einmal gesagt, wer eine lange Reise antreten will, muss zuerst vor die Tür treten. Das gilt auch für uns. Wir wollen uns deshalb zuerst auf die Themen konzentrieren, die die Le-



## **Inhalt dieser Ausgabe**

- Editorial – 1
- Wahl des Direktkandidaten für den Bundestag / Die Krise besteht nicht nur in Griechenland – 2
- Sabotage – 4
- Ein Sieg der Bequemlichkeit – 5
- Die Gysi-Story – 6
- Keine Massenbebauung der „Parkränge in Lichterfelde Süd“ – 6
- Marktwirtschaftliche Verzählungen – 7
- Termine – 8

Diese Ausgabe enthält eine Beilage

## Editorial ✓

bensbereiche der Menschen berühren, die hier wohnen und arbeiten. Wir werden uns weiter energisch für den Erhalt des Landschaftsparks Lichterfelde Süd einsetzen und ebenso engagiert für die Abschaltung des hochproblematischen Forschungsreaktors in Zehlendorf kämpfen. Aber Steglitz-Zehlendorf ist keine Oase. Marode Schulgebäude, fehlender Förderunterricht, schlechter Service in Bibliotheken, der bedauerenswerte Zustand von Straßen und Radwegen, Sport- und Grünanlagen, die Schließung von Jugendclubs – alles Probleme, die uns lokal betreffen, aber im Grunde nur auf der ‚großen politischen Bühne‘ zu lösen sind. Und welche Töne hört man von dort? Es ist der sattsam bekannte Sound: Leere Kassen, Haushaltskonsolidierung, Kostensenkung durch Personalabbau, Privatisierung usw. Wie ein Ohrwurm hat sich dieser Sound des vermeintlichen Sachzwangs in den Köpfen festgesetzt. Alternativen aufzuzeigen, ist

deshalb die wichtigste Aufgabe einer kritischen und wirklich unabhängigen Informationspolitik.

Wer wie Angela Merkel die gegenwärtige Fiskalpolitik und überhaupt alle schwarz-gelben Regierungsentscheidungen als alternativlos bezeichnet, braucht sich nicht über den Abbau öffentlicher Dienstleistungen oder die drastische Erhöhung der Strompreise (s. Beitrag in dieser Ausgabe) aufregen. Wer sich aber mit der veröffentlichten Meinung, den verbreiteten Klischees und leeren Verlautbarungen nicht zufrieden geben will, dem kann unser Blatt hilfreich sein.

Unser Ziel ist es, Hintergründe, Widersprüche und Zusammenhänge darzustellen. Global analysieren – lokal informieren, ist die Devise.

Dies wollen wir tun, indem wir mit Vorurteilen und Politkauerwelsch *aufräumen* und allen, die es wissen wollen, die *Kehrseite* zeigen.

Die Redaktion ●

## Wahl des Direktkandidaten für den Bundestag

● Der Bezirksverband wählte am Dienstag den 15. Januar 2013 den Direktkandidaten für den Wahlkreis 80 für die Wahlen zum Bundestag im September 2013. Ohne Gegenstimmen gewählt wurde Lampros Savvidis. Lampros ist 63 Jahre alt, er wurde in Nordgriechenland geboren. Im August 1968, mit zwanzig Jahren – ein Jahr nach Beginn der Militärdiktatur – kam er nach Deutschland, 1971 wurde ihm von der griechischen Regierung wegen seiner politischen Aktivitäten gegen die Militärdiktatur die Gültigkeit seines Reisepasses aberkannt und damit das Aufenthaltsrecht in Deutschland entzogen. Im gleichen Jahr hat er bei den deutschen Behörden um politisches Asyl nachgesucht, das er schon nach zwei Monaten erhielt. So konnte er in Deutschland bleiben und studieren. Im Frühjahr 1974 schloss er die Fachhochschule in Dortmund als Elektroingenieur ab und zog im selben Jahr nach Berlin. In Berlin engagierte er sich in vielfältigen sozialen und demokratischen Bewegungen.

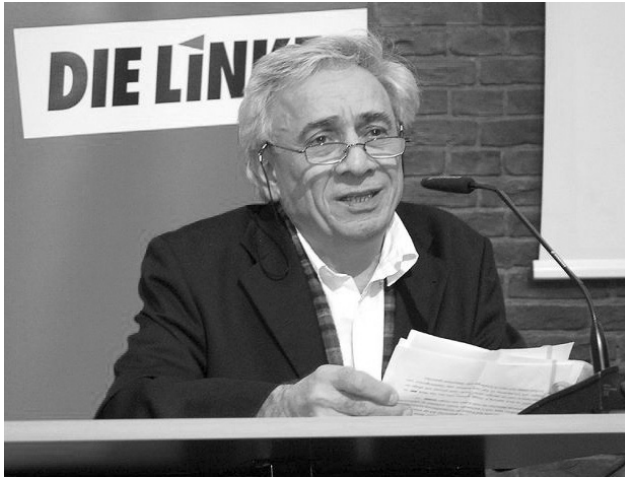
Der Bezirksvorstand hat mit der Wahl von Lampros Savvidis bekräftigt, dass die Solidarität mit Griechenland keine hohle Phrase ist. Für uns ist der Kampf für soziale und demokratische Rechte verbunden mit der Abwehr der Folgen der Krise. Missstände im Bezirk sind ebenso Folge der Politik der Bundesregierung wie Mieterhöhungen und prekäre Beschäftigung. Wir werden im Wahlkampf die Ursachen und Folgen der Krise klar machen, DIE LINKE ist eine konsequent antifaschistische Partei. Wir haben mit Lampros Savvidis einen würdigen Kandidaten

nominiert, mit dem wir einen guten Bundestagswahlkampf führen werden.

*Lampros Savvidis hat im Mai 2012 im Rahmen des ‚Europa-Gesprächs auf den Juttatagen Sangerhausen‘ (benannt nach Jutta von Sangerhausen, einer sich im 13. Jahrhundert der Krankenpflege widmenden Wohltäterin) ein Referat zur politischen und ökonomischen Krise in Griechenland gehalten. Dort nahm er auch Stellung zu der Art und Weise, wie die deutsche Presse, namentlich „Der Spiegel“ und „Focus“, mit dem Thema umgegangen ist. Er kommentierte die Berichterstattung und stellte so eindrucksvoll die Kehrseite des Problems dar. Er sagte u.a. folgendes:*

### Die Krise besteht nicht nur in Griechenland

● Nach dem Zusammenbruch des politischen und ökonomischen Systems der Sowjetunion, der abzu-sehen war, weil eine diktatorische Herrschaft nicht weit kommt, hat der Kapitalismus triumphiert und den Zusammenbruch zu seinem Sieg erklärt, was aber nicht der Fall ist. Die Exzesse, die dann folgten, sind offensichtlich: In Russland sind binnen weniger Jahre einige Menschen zu Milliardären geworden und im Westen steht dem Kapitalismus Tor und Tür offen. Im vereinigten Deutschland ist die Luft der Demokratie dünner geworden. Ausgerechnet von einer rot-grünen Koalitionsregierung wurde die Agenda 2010 durchgesetzt, die ersten arbeitnehmerfeindlichen Sparmaßnahmen, die der Kapitalismus in Europa vorantrieb:



Lampros Savvidis

- Besonders in der Privatwirtschaft können seither reguläre Arbeitsverträge gekündigt und durch billigere Zeitarbeitskräfte bzw. Leiharbeiter ersetzt werden. Die Zeitfirmen, die so genannten Sklavenhändler, haben dadurch neuen Aufschwung erlangt.
- Viele Sozialleistungen wurden gekürzt oder gestrichen.
- Hartz IV eingeführt. Dadurch wird ein Mensch, der etwa 30 oder 40 Jahre gearbeitet hat, im Fall der Arbeitslosigkeit jenen gleichgestellt, die noch nie erwerbstätig gewesen sind.

Der Grund: Die Reichen, die die Politik bestimmen, bekommen ihren Hals nicht voll. Unter dem Vorwand besserer Wettbewerbschancen wollen sie noch mehr profitieren. Sie interessiert dabei nicht, ob eine Familie mit geringem Einkommen oder Sozialhilfe über die Runden kommt.

Korruption und Steuerhinterziehung bilden Produkte des Kapitalismus, der auf diese Weise die Bevölkerung kontrolliert und in Abhängigkeit behält. Warum gibt es Steueroasen, wie beispielsweise in der benachbarten Schweiz? Warum gibt es nicht für jeden Menschen Arbeit? Wenn aber die Industrieproduktion zu 90% automatisiert wird und der Gewinn dem privaten Eigentümer zu Gute kommt, dann ist es doch klar, dass es weniger Arbeit für die Bevölkerung geben muss und dass im Ergebnis von Automatisierung und Rationalisierung die Reichen reicher und die Armen ärmer werden. Wie soll da der Sozialfrieden aufrecht erhalten bleiben? Ist das die viel beschworene Freiheit, die Demokratie und der Sozialstaat Deutschland?

### **Warum aber ist Griechenland ins Wanken geraten?**

Warum bin ich als Grieche empört und enttäuscht? Ich bin als Grieche sehr betroffen, wenn ich in der

deutschen Presse lese, wie etwa im „Spiegel“ vom 26.03.2012, Seite 102 – Zitat:

„Griechenland: Bröckelnde Zivilisation. In keiner europäischen Hauptstadt ist das Zentrum so verwaorlost wie in Athen. Und in keiner anderen Stadt lässt sich der Niedergang des Gemeinwesens so öffentlich besichtigen!“

Im Frühjahr 2010, am 22. Februar, stand auf dem Titelblatt des deutschen Wirtschaftsmagazins „Focus“: „Aphrodite mit dem Stinkefinger!“ In dem dazugehörigen Text las man, Zitat: „Betrüger in der Euro-Familie“. Auf Seite 125 desselben Heftes steht: „Bestechung, Korruption und Steuerhinterziehung sind den Griechen offensichtlich in Fleisch und Blut übergegangen.“ Auf Seite 132 findet sich das Zitat: „2000 Jahre Niedergang. Von der Wiege Europas zum Hinterhof Europas!“ Und weiter: „Kein Tropfen des alten Heldenblutes fließt ungemischt in den Adern der jetzigen Neugriechen!“ usw. usw.

Angesichts solchen rassistischen Geschwurbels frage ich mich, ob das eine hinreichende Erklärung für Griechenlands Elend sein kann? Oder ist nicht das, was der „Spiegel“ beschrieb, ein Zeitphänomen und eine Folge des sozioökonomischen Zustands, der eine Antwort von uns allen, von ganz Europa, erfordert? Und handelt es sich nicht bei den Zitaten aus dem „Focus“ um einen Absturz und Tiefflug des deutschen Journalismus, der einen Fall für den Preserat und Gericht bildet?

Die Bestechung, die Korruption und Steuerhinterziehung, die in den letzten Jahren in Griechenland gewuchert haben, gibt es doch hier in Deutschland ebenfalls, wenn auch bisher immer noch auf hohem und bisher nicht auf allgemeinem Niveau.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch an krasse Beispiele deutscher Korruption in Griechenland erinnern, so etwa bei der Vergabe von Bauaufträgen für die Olympischen Spiele in Athen im Jahr 2004 durch die Firma Siemens, oder anhaltend und mit Wissen und Billigung der Bundesregierung bei Waffenverkäufen in das fast bankrotte Griechenland, wofür deutsche Firmen Millionen an Bestechungsgeldern einsetzen.

Mit dem Druck der so genannten Sparmaßnahmen hat Europa in Griechenland die ökonomische Lage verschärft. Frau Merkel nennt diesen Spardruck verarmend Hausaufgaben, wie eine Lehrerin, die ihren griechischen Schülern die Aufgaben diktiert. Die Glaubwürdigkeit des griechischen Staates gegenüber Gläubigern und Banken wurde dermaßen verschlechtert, dass dann US-amerikanische Ratingagenturen Griechenland finanzpolitisch den Todesstoß versetzen konnten, indem sie die Zahlungs- und Kreditwürdigkeit des Landes auf das niedrigste Niveau, also Ramschstatus, herabstufen. So geriet das Land in einen immer aussichtsloseren Zustand bzw. musste immer höhere Zinsen bei der Kreditaufnahme zahlen. Von all dem hat bisher vor allem Deutschland profitiert.

Dann kamen die Verhandlungen über die so genannten Finanzhilfen mit dem dazugehörigen IWF-Memorandum, das von den beiden zuständigen griechischen Ministern unterschrieben wurde, ohne dass sie es vorher gelesen hatten bzw. eingehender studieren konnten. Die Finanzspritzen stellten nichts anderen dar, als einen moribunden Patienten künstlich am Leben zu erhalten. Das Memorandum bildete den Ausverkauf griechischen Staatseigentums an private Gläubiger und Banken.

Wie viele meiner Landsleute gelange ich zu dem Schluss: Dieses Europa ist kein Europa der Solidari-

tät, sondern ein Europa des Antagonismus. Es ist ein Europa der ausschließlich profitorientierten Finanzmärkte, die längst die Politik im festen Würgegriff halten.

Es ist ein Europa, das die Souveränität seiner Mitgliedsstaaten auflöst und sie ins Unglück stürzt. Ein solches Europa wünsche ich mir nicht. Denn es bildet die moderne Diktatur des Finanzkapitals. Und dessen Ziele sind gewiss nicht vereinbar mit den Werten der Heiligen Jutta von Sangerhausen.

## Sabotage

● Kaum war er im Amt, hat der Umweltminister Peter Altmaier angefangen, von einer von der Ökostromförderung verursachten unkontrollierten Entwicklung der Stromkosten zu faseln. Dem rasanten Anstieg der Verbraucherstrompreise müsse schnellstens Einhalt geboten werden, tönte es vollmundig aus seinem Ministerium. Recht hat er, sind diese doch auf rund 28 Cent pro Kilowattstunde zum Jahresanfang geklettert. Fatal ist nur, dass Regierung und Stromkonzerne der Öffentlichkeit weismachen wollen, die Preissteigerung sei allein das Resultat des zügigen Ausbaus von Ökostromanlagen. Deshalb haben sie die im ‚Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG)‘ festgelegte sog. EEG-Umlage ins Visier genommen. Diese Umlage gleicht die Differenz zwischen dem jeweiligen Börsenstrompreis und den Vergütungen aus, die die Netzbetreiber an die Besitzer von Biogas-, Windkraft- und Solaranlagen zahlen müssen. Man kann es auch so formulieren: Die Höhe der Umlage steht in einem Verhältnis zur Höhe der an der Strombörse gehandelten durchschnittlichen Strompreise. Fallen diese, steigt die Umlage. Und so ist es auch. Sie liegt inzwischen bei 5,277 Cent pro Kilowattstunde. Denn die Börsenpreise für Strom ergeben sich aus den Produktionskosten fossiler Kraftwerke. Diese sinken, weil der Preis für Emissionszertifikate auf einen historisch niedrigen Preis gesunken ist. Würde sich eine wirklich ambitionierte Klimapolitik für eine 30-prozentige Treibhausminderung bis 2020 (statt der geplanten nur 20 Prozent) entscheiden, würde dies die Zertifikatspreise verteuern und zwangsläufig zu einer Erhöhung der durchschnittlichen Börsenpreise für Strom führen. Gut für das Klima, gut für die dann geringere Umlage.

Davon will die Bundesregierung aber nichts wissen. Sie redet gern und salbungsvoll über die Ener-

giegewende, stellt aber gleichzeitig ihre Bezahlbarkeit infrage. Obwohl sie wissen muss, dass die Steigerung der Strompreise nur zu etwa einem Drittel auf die Erhöhung der EEG-Umlage zurückzuführen ist. Zwei Drittel gehen auf das Konto der Konzerne (Stromerzeugung und-vertrieb) sowie anderer Abgaben und Steuern. Altmaier und sein Ministerkollege Philipp Rösler, die sich „als Robin Hoods des kleinen Mannes gegen die fiesen Ökos“ in Szene setzen, haben aber gezielt die Umlage aufs Korn genommen. Letzter Schrei: sie soll eingefroren werden – mit Mitteln, die darauf hinauslaufen, den weiteren Ausbau bei den sauberen Stromproduzenten zu sabotieren. Diese sollen u.a. die garantierte Abnahmevergütung für Ökostrom nicht mehr sofort, sondern erst nach einigen Monaten erhalten. Außerdem soll eine einmalige Abgabe von den Besitzern von Altanlagen eingetrieben werden. Es hat viel mit sozialer Demagogie zu tun, wie Bürgerinnen und Bürger hier manipuliert werden sollen. Aber warum? Ganz einfach: Die schwarz-gelbe Regierung will die durch Atomausstieg und Energiewendebeschlüsse irritierten Fraktionen der Wirtschaft beruhigen, vor allem will sie mit Blick auf die Wahl im September ihren Frieden mit ihnen schließen. Auf der anderen Seite geht der Umweltminister mit der Horrorzahl und –behauptung hausieren, dass aufgrund der ungebremsten Ausgaben für Ökostrom die Kosten für die Energiewende in den kommenden Jahrzehnten bis zu einer Billion Euro anwachsen könnten. Das sind nicht zu überhörende Versuche aus dem Regierungslager, die gesellschaftliche Akzeptanz für die Energiewende zu attackieren, um sie – wie selbst der Tagesspiegel befürchtet – schließlich „geschmeidig zu beerdigen“.

Dabei ist Schwarz-Gelb selbst hauptverantwortlich für die immer teurer werdenden Strompreise und die steigende EEG-Umlage. Besonders krass wird dies durch die betriebene Klientelpolitik deutlich, die zu einer massiven Umverteilung zulasten der einfachen Verbraucher führt. Eine kürzlich von der Fraktion unserer Partei vorgelegte Studie bringt etwas Licht in den Vergünstigungsdschungel. 16,2 Milliarden Euro werden den Industrieunternehmen



allein in diesem Jahr geschenkt. Große Brocken diverser Privilegien sind die weitgehende Entlastung der Stromsteuer, die Befreiung von Netzentgelten und großzügige Ausnahmeregelungen bei den Konzessionsabgaben. Hinzukommt – wie bereits erwähnt –, dass für die Emissionszertifikate nur noch Bagatellbeträge zu zahlen sind. Ein ganz großer Posten bei den Privilegien besteht aber im Nachlass von der EEG-Umlage. Immer größere Teile der Industrie, und hier vor allem die energie- und stromintensive Branche, wurden von der Regierung von den Fesseln einer solidarischen Finanzierung der Energiewende befreit. Wo aber der eine entlastet wird, muss der andere belastet werden. Und so wird es gemacht. Allein in diesem Jahr werden auf diese Weise sechs Milliarden umgeschichtet, runter von den Schultern der Industrie, rauf auf die der privaten Haushalte und des Mittelstands. Ohne diese Vorzugsbehandlung würden die Privathaushalte unter Berücksichtigung der Mehrwertsteuer nicht 5,3 Cent sondern nur 2,8 Cent pro Kilowattstunde bezahlen müssen. Um den Schein sozialer Ausgewogenheit zu vermitteln, sollen die Industrieprivilegien zwar eingedämmt werden, doch über die Summe darf gelacht werden: ganze 700 Millionen Euro sollen es sein.

An die Adresse der beiden Minister Altmaier und Rösler gerichtet, erklärte Caren Lay, verbraucherpolitische Sprecherin unserer Partei: „Was die beiden Minister vorschlagen, ist keine Strompreisbremse, sondern eine Erneuerbare-Energien-Bremse.“ Wenn sie den Strompreisanstieg tatsächlich unterbinden wollten, müsse „eine effektive staatliche Strompreiskontrolle eingeführt werden, damit gesunkene Preise an der Strombörse an die Verbraucherinnen und Verbraucher weitergegeben werden können“. Außerdem könne die Stromsteuer für private Haushalte von derzeit 2,05 problemlos auf 0,5 Cent pro Kilowattstunde gesenkt werden. In der Tat: „Es ist völliger Wahnsinn“, so Gregor Gysi, „dass der Zuwachs an Ökostrom zu niedrigeren Strompreisen an der Strombörse führt und die Verbraucherinnen und Verbraucher mit Ausnahme der Großindustrie permanent mehr zu bezahlen haben. Das ist wirklich durch nichts zu rechtfertigen.“ Dem ist nur noch hinzuzufügen, dass es eine große gesellschaftliche Mehrheit für die Energiewende gibt. Um zu verhindern, dass diese nicht aufgeweicht, sondern sozial gestaltet wird, kommt man an den Forderungen und Positionen der Partei DIE LINKE nicht vorbei.

Hans Schoenefeldt ●

## Ein Sieg der Bequemlichkeit

● An der Abstimmung zur Umbenennung der Treitschkestraße hatten sich im Zeitraum November/Dezember 2012 sagenhafte 71% der Anwohnerinnen und Anwohner beteiligt. Das ist ein fantastisches Ergebnis, welches zeigt, dass es mit der Politikverdrossenheit nicht allzu weit her ist, wenn es um wirklich persönliche Belange der Menschen geht.

Die schwarz-grüne Zählgemeinschaft der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Steglitz-Zehlendorf hatte beschlossen, eine AnwohnerInnenbefragung durchzuführen. Obwohl sich Bündnis 90/Die Grünen schon seit Jahren für eine Umbenennung aussprechen, stehen sie in dieser und vielen anderen Fragen nur unter dem Scheffel der Bezirks-CDU. Die CDU sieht keinen Handlungsbedarf und kann sich anscheinend gut mit einem Straßennamen identifizieren, dessen Namenspatron den „Berliner Antisemitismusstreit“ auslöste.

Auch wenn die Umbenennung von Straßen von den Bezirksverordneten zu beschließen ist, kann eine Bürgerbeteiligung nur gewinnbringend sein.

Es sollten aber alle Bewohnerinnen und Bewohner aus Steglitz-Zehlendorf befragt werden, denn nicht nur die direkten Anwohner müssen mit einem solchen Straßennamen leben. Eine Abstimmung dieser Art hätte ganz andere Ergebnisse gebracht. Das hatten uns die Gespräche am Aktionstag des Bündnisses „Treitschkestraße umbenennen, jetzt“ gezeigt.



So siegte die Bequemlichkeit der Anwohnerinnen und Anwohner, die den Aufwand scheuten, den eine Straßenumbenennung mit sich bringen würde. Für die Beibehaltung des Straßennamens stimmten somit 78 %, wohingegen 22 % für eine Umbenennung waren.

Es siegte die Bequemlichkeit, sich mit der Geschichte auseinanderzusetzen und eine falsche Geschichtsverherrlichung aus unserem Straßenbild entfernen zu müssen.

Und es siegte die Bequemlichkeit der Grünen, die sich nicht aus dem Schatten der CDU wagen, um ihre eigenen Ziele umzusetzen.

Die Chance für eine Umbenennung ist da und steht auf festen demokratisch legitimierten Säulen. Im Jahr 2011 hatten 230.000 Menschen die Möglich-

keit die BVV zu wählen und damit auch politische Mehrheiten zu schaffen. Eines der Wahlversprechen von SPD und Grünen war die Umbenennung der Treitschkestraße. Die politische Mehrheit für diese Umbenennung existiert, denn SPD und die Grünen

haben eine rechnerische Mehrheit. Leider haben sie die Möglichkeit wieder nicht genutzt.

Frank Springer ●

[www.treitschkestrasse-umbenennen.de](http://www.treitschkestrasse-umbenennen.de)

## Die Gysi-Story

### Pünktlich zum Wahlkampf

● Man hätte die Wahlkampf-Uhr danach stellen können: Kaum stand der 22. September als Termin für die Bundestagswahl fest, stieg der erste Versuchsballon gegen DIE LINKE auf. Keine Frage: 20 Jahre nach der Einheit würde eine »Rote-Socken«-Kampagne altbacken wirken, und mit der Frage nach dem SED-Vermögen kann man nicht einmal mehr im Bundestag punkten. Die ungunstigen Machenschaften der Geheimdienste dagegen sind in aller Munde – und von dem Punkt an mußten nur noch die Begriffe Gysi, Stasi, Staatsanwalt und Immunität irgendwie zusammengebracht werden. Von sich aus fügen die Medien gern den Satz hinzu, daß – um staatsanwaltliche Ermittlungen zu ermöglichen – die Immunität des Abgeordneten aufgehoben wurde. Fertig ist die Story, die Gysi-Story. Die wird dann noch am Wochenende gestartet, wenn Politiker und Pressesprecher ihre Smartphones beiseite gelegt haben. Um die Sache mit der Immunität aufzuklären: Zu Beginn der Legislatur wird durch den Bundestag für alle Abgeordneten die Immunität generell aufgehoben. Das heißt nichts anderes als: Liegt eine Anzeige gegen einen Abgeordneten vor, kann der Staatsanwalt wie gegen jeden anderen Bürger auch ermitteln. Erst wenn er von einer strafrechtlichen Verantwortung des Abgeordneten ausgeht, kommt der zuständige Bundestagsausschuß ins Spiel. Wenn bei dieser Sachlage der Vorsitzende Thomas Strobl (CDU) gezielt den Eindruck erweckt, der Immunitätsausschuß habe die staatsanwaltlichen Ermittlungen zur Anzeige gegen Gysi geprüft, ist das

weder wahr noch entspricht es den Verfahrensregeln des Bundestages. Der Ausschuß wurde von Strobl lediglich über die Ermittlungen informiert und hat sich sonst mit dem Thema Gysi nicht befaßt. Sein Verhalten ist eines Ausschußvorsitzenden eindeutig unwürdig. Schon 2008 hatten vor allem die Unionsabgeordneten – nach vorangegangenen Presseberichten – über ein halbes Jahr lang versucht, »von Amts wegen« eine erneute Überprüfung von Gregor Gysi anzustrengen. Davon ließen sie erst ab, als die damalige Chefin der Stasi-Unterlagenbehörde, Marianne Birthler, dem Immunitätsausschuß mitteilte, daß es keine wesentlichen neuen Hinweise gebe, wie man im Tagesspiegel nachlesen konnte. Viel Lärm um nichts, könnte man sagen. Ganz so einfach ist es aber nicht. Der Antikommunismus bekommt mal wieder neue Nahrung. Und es soll gerade der getroffen werden, der der Linken in Deutschland Gesicht und Stimme gibt, der mit seinem Engagement Vertrauen und Glaubwürdigkeit erwirkt hat. Insofern geht es eben nicht um Gysi. Die Partei als Ganzes soll aus der Geschichte verschwinden. Eine Partei, die diese Gesellschaft in ihren Fundamenten infrage stellt, soll mit allen Mitteln bekämpft werden. Da hilft nur: Gemeinsam gegenhalten.

Dagmar Enkelmann ●

Dagmar Enkelmann ist Erste parlamentarische Geschäftsführerin der Linksfraktion im Bundestag  
(Die Junge Welt, 13.02.2013)

## Keine Massenbebauung auf der „Parkrange“ in Lichterfelde Süd

### Presseerklärung der Partei DIE LINKE Steglitz-Zehlendorf vom 6. Februar 2013

● SPD und CDU wollen auf der „Parkrange“ in Lichterfelde Süd zahlreiche Wohnungen bauen.

In der *Berliner Woche* (Ausgabe 05 Steglitz Süd) war zu lesen: „Die Landesregierung möchte auf dem ehemaligen Truppenübungsplatz 3500 Wohnungen zulassen, Steglitz-Zehlendorf maximal 1600 Wohneinheiten.“

Die Landesregierung treibt damit offenkundig die Zerstörung wertvoller Biotopflächen voran. Für DIE LINKE Steglitz-Zehlendorf bleibt es dabei: auch der Bau von 1600 Wohneinheiten ist nicht hinnehmbar und hätte dramatische Folgen. Selbst der Bau von 1600 Wohneinheiten, wie sie die Steglitz-Zehlendorfer CDU-

Fraktion vertritt, wäre eine gewaltige Vergrößerung der „Thermometersiedlung“. Die Aussage von Tors-ten Hippe, Fraktionschef der CDU, er wolle keine weitere „Thermometersiedlung“ ist nichts mehr als Augenwischerei und soll den Menschen Sand in die Augen streuen.

DIE LINKE Steglitz-Zehlendorf fordert, dass das Beweidungsprojekt weitergeführt werden kann, dass die Kleingewebetreibenden am Standort bleiben können und, dass Natur- und Landschaftsschutz beachtet werden. Nur unter diesen Bedingungen ist eine Randbebauung von maximal 500 Wohneinheiten denkbar.

Wir fordern Senat und Bezirksamt auf, alle Planungen öffentlich zu machen. Dazu gehört auch

die Veröffentlichung der bereits erstellten Gutachten.

Weitere Standpunkte von DIE LINKE zu dem Thema finden Sie in unserer Ausgabe Nr. 4-2012.

Mit freundlichen Grüßen

*Eberhard Speckmann*

Bezirksvorsitzender

Kurz nach Veröffentlichung dieser Presseerklärung wurde das Gutachten bekannt gegeben.

Unter diesem Link ist es zu sehen:

<http://www.dielinke-steglitz-zehlendorf.de/fileadmin/sz/2013/20130207BA-Gutachten.pdf>

## — Rotlicht ✱

### Marktwirtschaftliche Verzählungen



Was hat die Finanzkrise und die milliarden-schwere Rettung Griechenlands mit der Gewährung von Wohngeld in der Bundesrepublik zu tun? Nichts, werden die meisten sagen. Sollen wir den leistungsschwachen griechischen Arbeitsphlegmatikern jetzt auch noch billiges Wohnen finanzieren?

Und doch haben Wohngeld und Finanzspritzen für Griechenland eine fundamentale Gemeinsamkeit: Sie entstammen derselben sprudelnden Quelle der Denkverluderung.

Wohngeld gilt hierzulande als soziale Tat, beispielhaft für den Sozialstaat eben, der den Kapitalismus lebenswert macht. Aber sind die Mieter wirklich die Adressaten des Wohngeldes? Kann der Mieter die finanziellen Zuwendungen als Zubrot eintüten? Natürlich nicht! Es bleibt ihm ja nichts anderes übrig, als das Geld an den Eigentümer des Wohnkapitals weiterzuleiten. Insofern wäre es ehrlicher, wenn unser Staat die Mittel direkt an den Vermieter überweisen würde. Aber dann wäre der soziale Lack natürlich ab, und das wäre weder den Eigentümern noch dem – ihnen gewogenen – Staat wirklich recht.

Nun könnte man einwenden, die Bezieher von Wohngeld haben von der ganzen Angelegenheit auch einen Vorteil. Sie dürfen schließlich in ihrer schönen Wohnung bleiben, die sie bei unbezahlbarer Miete ansonsten in Richtung Abstieg verlassen müssten.

Das stimmt schon. Für die jeweilige Familie wäre das gewiss fürchterlich, doch was würde am Ende aus dem schönen Wohnkapital werden, wenn die vielen unterfinanzierten Wohngeldbe-

zieher alle ihre Wohnungen verlassen müssten? Wer sollte dann das Kapital mehren? Massenhafter Wohnungsleerstand wirft keine Rendite ab! Und nicht vergessen: Wer rastet, rostet, und Leerstand führt zum Verfall.

Also den größten Nutzen ziehen – wie es sich in unserem Staat gehört – die Kapitaleigner. Im Grunde handelt es sich um eine Subventionierung des Wohnkapitals, die allerdings – zugegebenermaßen – dem kleinen Mann nicht direkt schadet.

Nicht anders verhält es sich übrigens mit den lohnergänzenden Maßnahmen nach Hartz IV. Auch hier wäre es ehrlicher, das Geld nicht an die Lohnaufstocker, sondern direkt an die Firmeneigentümer zu überweisen. Dann freilich ließe sich die aufgewendete Summe nicht mehr so gut im Sozialetat unseres Staates verbuchen, und manch ein Bürger wäre vielleicht ärgerlich.

Man könnte den Firmeneigentümern allerdings auch untersagen, die Beschäftigten mit Hungerlöhnen abzuspeisen, zum Beispiel durch die *Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns*. Das würde die Staatsausgaben senken und die Steuereinnahmen erhöhen.

Wenn also die Subventionierung von Löhnen durch den Staat zu aller erst den Firmen zu Gute kommt, so schadet sie den vermeintlichen Nutznießern, den Beschäftigten, nicht direkt. Es ist halt nur ein Etikettenschwindel.

Ganz anders allerdings läuft die Sache bei den Griechen. Denen wird permanent mit Milliardenspritzen geholfen. Was machen denn die Guten mit unserem schönen Geld? Nutzen sie es zur Stärkung ihrer Wirtschaft, zur Schaffung von Arbeitsplätzen? Nein, das machen sie nicht. Sie können das viele Geld nicht behalten. Sie müssen es sofort durchwinken an französische, deutsche usw. Banken, um die fälligen Zinsen für



Kredite und Staatsschulden zu begleichen. Auch hier wäre eine direkte Überweisung an die Banken ehrlicher und – weil Umwege vermeidend – vermutlich auch effektiver. Wie aber sähe das aus, wenn unser Sozialstaat ohne Auflagen und Verpflichtungen Milliarden Euro an die europäischen Großbanken verschenken würde?

Richtig, das käme nicht gut an.

Aber muss man nicht trotzdem vor allem auf die Griechen schimpfen, die in unverantwortlicher Weise Schulden gemacht haben? Nun ja, wird der einfache griechische Bürger sagen, ich habe seinerzeit keine Schulden gemacht, um in Deutschland massenhaft Kriegsgerät einzukaufen. Ich habe nur versäumt, die verantwortlichen politischen Vertreter zum Teufel zu jagen.

Und diesbezüglich sind wir ja in unserem Land auch nicht viel besser. Stimmt doch, oder?

Übrigens, nach Angaben der „Financial Times Deutschland“ arbeiten die griechischen Phlegmatiker durchschnittlich 2.119 Stunden pro Jahr. Wir leistungswilligen Nordlichter schufteten dagegen jährlich im Schnitt 1390 Stunden. In kaum einem anderen Land sei die Jahresarbeitszeit kürzer als in Deutschland, sagt die Financial Times. Höchstens noch in Finnland könnte man ergänzen, aber das liegt ja bekanntlich auch im Süden Europas.

Wen wundert's da, dass unsere kompetente Kanzlerin laut Financial Times weiß: „Im Euro-Süden ist die Wirtschaft so schwach, weil man dort weniger arbeitet.“

Sag' ich doch!

Horst Dejas \*

## Zitate des Monats ❖

„Die Interessen unseres Landes und unsere Werte sind nicht immer deckungsgleich.“  
(Volker Kauder, Fraktionschef der CDU zum Waffendeal mit Saudi-Arabien)

„Die Werte, für die sich die deutsche Außenpolitik einsetzt, lassen sich wahrscheinlich nur noch an den Aktienmärkten nachvollziehen.“  
(Inge Höger, MdB der Partei Die Linke zum selben Thema)

„Die Armut der Vielen ist die Kehrseite des Reichtums der Wenigen.“  
(Redaktion Kehrseite)

## Termine X

● **Jeden 2. Dienstag im Monat** um **19:30 Uhr** finden in unserer Geschäftsstelle öffentliche Mitgliedertreffen statt.

Aktuelle Termine unter:

<http://www.dielinke-steglitz-zehlendorf.de/politik/termine/>

● Die Basisorganisation Zehlendorf tagt **jeden 1. Montag im Monat** um **19:00 Uhr** im Mittelhof, Königstr. 42/43, 14163 Berlin

● **4. März 2013** Steglitz-Zehlendorf  
**Caféabend mit Filmvorführung**  
**Einlass ab 18 Uhr, 19 Uhr,**  
**Film „The truth lies in Rostock“**  
in der Roten Insel, Feurigstr. 68, 10827 Berlin

Filmtrailer:

<http://www.dielinke-steglitz-zehlendorf.de/politik/termine/detail/zurueck/termine-18/artikel/cafeabend-mit-filmvorfuehrung/>

● **Jeden Dienstag:** Wir kümmern uns  
Beratung zu Hartz IV und Schuldnerfragen  
**17-18 Uhr, Schildhornstraße 85 a**

Infos gibt es hier:

<http://www.dielinke-steglitz-zehlendorf.de/politik/termine/detail/zurueck/termine-18/artikel/beratung-zu-hartz-iv-und-schuldnerfragen-4/>

● **16. März 2013**  
**Gewerkschaftspolitische Konferenz der LINKEN Berlin**  
**ab 10:30 Uhr**  
im ND-Gebäude, Franz-Mehring-Platz 1, Nähe Ostbahnhof

Infos gibt es hier:

<http://www.dielinke-steglitz-zehlendorf.de/politik/termine/detail/browse/1/zurueck/termine-18/artikel/gewerkschaftspolitische-konferenz-der-linken-berlin/>

## Impressum

DIE LINKE Bezirksvorstand Steglitz-Zehlendorf, Schildhornstr. 85 A, 12163 Berlin  
Tel. 030 700 96 741, E-Mail: [info@dielinke-steglitz-zehlendorf.de](mailto:info@dielinke-steglitz-zehlendorf.de)  
Im Web: [www.dielinke-steglitz-zehlendorf.de](http://www.dielinke-steglitz-zehlendorf.de), V.i.S.d.P. Eberhard Speckmann

